

Der Gewerksverein

Zentralorgan und Korrespondenzblatt des Verbandes der Deutschen Gewerksvereine.

Erscheint jeden Mittwoch und Sonnabend.
Vierteljährlicher Abonnementspreis 0,85 M.;
bei freier Bestellung durch den Briefträger
ins Haus 18 Pf. mehr.
Alle Postanstalten nehmen Bestellungen an.

Herausgegeben
unter Mitwirkung der Verbands- und Vereins-Vorstände
vom
Zentralrat der Deutschen Gewerksvereine
(Ersch.-Büro)
Berlin N.O. 55, Greifswalder Straße 221/225.

Anzeigen pro Zeile:
Geschäftsanz. 25 Pf., Familienanz. 15 Pf.,
Vereinsanz. 10 Pf., Arbeitsmarkt gratis.
Redaktion und Expedition:
Berlin N.O., Greifswalderstraße 221/225.
Fernsprecher: Amt VII, Nr. 4720.

Nr. 53.

Berlin, Sonnabend, 3. Juli 1909.

Einundvierzigster Jahrgang.

Inhalts-Verzeichnis.

Das Wohnungselend auf dem Lande. — Der Jahresbericht des Vereins der Deutschen Kaufleute. — Allgemeine Rundschau. — Gewerksvereins-Teil. — Verbands-Teil. — Anzeigen-Teil.

Das Wohnungselend auf dem Lande.

Wenn jemand den Agrariern gegenüber auf die schlechten ländlichen Wohnungsverhältnisse hinweist, so wird er stets mit Entrüstung zurückgewiesen. Er läuft Gefahr, als ein Dummkopf hingestellt zu werden, der von den Dingen nichts versteht, oder aber es wird ihm gesagt, daß in den Städten die Verhältnisse noch viel ungünstiger seien als auf dem Lande. So erging es noch am Anfang d. J. dem Abg. Dr. Crüger im preussischen Abgeordnetenhaus, dem, als er die argen Zustände in Ostpreußen riigte, vom Abg. v. Bodelberg erwidert wurde, daß das städtische Wohnungsverhältnis, „das eine Reihe von brillanten Fassaden und dahinter dunkle, dumpfe Höfe aufweist, wo das Proletariat in ganz anderer Weise angehäuft und zusammengepfercht wohnen muß“, einfach feinen Vergleich mit den ländlichen Wohnungsverhältnissen verträge. Nun wird niemand ernstlich bestreiten wollen, daß auch in den großen Städten das Wohnungsverhältnis gerade genug zu wünschen übrig läßt. Selbst in Berlin mußten während des Jahres 1907 34 Wohnungen aus sanitätspolizeilichen Gründen geräumt werden. Auch außerdem gibt es sicherlich in Berlin und ebenso in vielen anderen Städten Wohnungen, die man als menschenwürdig nicht bezeichnen kann. Das soll gar nicht geleugnet werden. Trotzdem aber darf man ohne Uebertreibung behaupten, daß die Zustände auf dem Lande noch unendlich viel schlechter sind.

Den besten Beweis dafür liefert der kürzlich von der Medizinal-Abteilung des Kultusministeriums herausgegebene „Bericht über das Gesundheitswesen des preussischen Staates im Jahre 1907“, der sich u. a. auch mit den Wohnungsverhältnissen auf dem Lande beschäftigt. Was hier darüber amtlich festgestellt wird, das spottet oft jeder Beschreibung.

Sehen wir zunächst einmal nach den gesegneten Gefilden Ostpreußens! In den am Kurischen Haff gelegenen Ortschaften des Kreises Labiau hat der Kreisarzt noch Häuser gefunden, die Feuern Schornsteine hatten und bei denen sich der Rauch einen Ausweg durch das Strohdach oder Schilfdach suchen muß. Als Fußboden fand sich in diesen Häusern meist nur Lehmischlag. Bei einer Revision von 83 Grundstücken in Darfehmen wurde festgestellt, daß die darin enthaltenen kleinen Wohnungen meist nur einen bedauerlichen Anblick gewährten, daß sie zum größten Teil in Hinterhäusern ohne genügende Licht- und Luftzufuhr, mit feuchtem und schlecht verputzten Mauerwerk und schadhafte Fußböden lagen. In dem Kreise Goldap stellte sich bei einer Revision heraus, daß sogar die Neubauten statt der vorgeschriebenen Höhe der Wohnräume von 2,5 Metern nur eine solche von 1,8–2 Meter aufwiesen. Im Kreise Willkallen mußten mehrere Häuser als baufällig und feuergefährlich beanstandet werden. Bei 19 Wohnhäusern wurden hier die Fenster vernagelt vorgefunden. Im Bezirk Allenstein sind auf dem

Lande noch häufig alte, dem Einsturz ansehend nahe Arbeiter- und auch Vorkriegswohnungen mit defektem Strohdach, morschen und undichten Wänden aus Lehm oder Holz, niedrigen, schlecht belichteten Stuben und unebenen Lehmfußböden zu finden. Im Kreise Angerburg, wo 63 Prozent der Häuser teils Lehm-, teils Holzhäuser mit Strohdach oder Holzbedachungen sind, waren in 15 Fällen die Fenster nicht zum Öffnen eingerichtet. Als schlecht werden besonders auch viele Wohnungen auf den Gütern des Kreises Königsberg bezeichnet. In den Wohnungen der Instleute und Knechte findet man noch vielfach Fußböden aus Lehmischlag oder Ziegelsteinen und kleine Fenster, die Schießscharten ähneln.

In den anderen Provinzen sieht es nicht besser aus. Auch im Regierungsbezirk Bromberg a. O. befinden sich die Wohnungen der ländlichen Gutsarbeiter oft in einem besonders elenden Zustande. Meist haben die einzelnen Familien nur einen Raum zur Verfügung, der durch einen eisernen Ofen heizbar ist. Bei strenger Kälte muß der Ofen spät abends noch einmal angeheizt werden. Bei dem schlechten Zustande der Ofen dringen nun häufig Feiggase in die Zimmer. Auf diese Weise kam in Groß-Sonsk, Kreis Strelino, in einer Arbeiterfamilie eine Kohlenoxydvergiftung zustande, von der fünf Personen betroffen wurden und der ein 8-jähriger Knabe erlag.

In der Provinz Pommern sind die Zustände nicht wesentlich günstiger. Der amtliche Bericht sagt allerdings, daß die Arbeiter- und die Gutsarbeiter zwingen, bessere Wohnungen zu beschaffen. Darauf ist es denn wohl auch zurückzuführen, daß im Regierungsbezirk Cöslin von einer unmerklichen Besserung der Wohnungsverhältnisse auf dem Lande gesprochen wird. Trotzdem trifft man auch hier noch alte, mit Stroh bedeckte Lehmfachwerkhäuser, mit niedrigen, nicht zu öffnenden Fenstern.

Wer aber glaubt, daß diese schlechten Wohnungsverhältnisse sich nur im östlichen Teile der Monarchie finden, der befindet sich auf dem Holzwege. Auch in den übrigen Teilen Preußens sind die Zustände nicht besser. Im Kreise Schweinitz im Regierungsbezirk Merseburg wurden selbst in Neubauten Räume mit nur 2 Metern lichter Höhe als Wohn- und Schlafräume benutzt. Im Kreise Schleusingen hat der Kreisarzt wiederholt Schlaflammern gefunden von 1,95 Meter lichter Höhe und 22 Kubikmeter Raumgehalt, worin eine 10köpfige Familie in drei Bettstellen schlief. Im Kreise Bitterfeld wurden Neubauten auf zugeschütteten Leichen errichtet, mit so hohem Grundwasserstand, daß die Kellerkohlensäure ständig unter Wasser stehen.

Recht idyllisch sind auch vielfach die Zustände in Hannover. In den Kreisen Hoya, Syke, Sulingen und Diepholz sind die Wohnungen vielfach mit den Stallungen für Pferde und Rindvieh unter einem Dache vereint. Dasselbe gilt vom Regierungsbezirk Hildesheim, wo sich noch außerdem in den minderbegüterten Gemeinden häufig enge Wohnungen vorfinden, in denen besonders die Schlafräume viel zu wünschen übrig lassen. Die schlechte Beschaffenheit der Wohnungen wird noch vermehrt durch andauernde Feuchtigkeit der Wände, so daß bisweilen das Wasser an

den Wänden herunterläuft. Aus Schleswig-Holstein wird der schlechte Zustand der Miethäuser der Tagelöhner auf den Gütern und der Schlafräume des ländlichen Gefindes hervorgehoben. Auch im Regierungsbezirk Cassel werden die ländlichen Wohnungen, soweit sie nicht in neuerer Zeit entstanden sind, als überaus mangelhaft bezeichnet. In Schlichtern fand z. B. der Kreisarzt zwei Wohnungen, die er für unwohnbar erklären mußte, weil der Hauschwamm darin war und außerdem ein Mensch darin nicht aufrecht stehen konnte. Im Kreise Hofgeismar gibt es Orte, wo nur die Wohnung des Pfarrers und des Lehrers mit Aborten versehen sind.

Doch genug von diesen unappetitlichen Dingen! Wer angesichts solcher erbärmlichen, aber amtlich bestätigten Zustände noch die schlechten Wohnungsverhältnisse auf dem Lande zu leugnen wagt, der handelt wider bessere Ueberzeugung. Dabei wird noch ausdrücklich in den amtlichen Berichten festgestellt, daß das Wohnungsverhältnis auf dem Lande eine Besserung aufweist. Braucht man sich da zu wundern, daß die Arbeiter sich in jenen Verhältnissen nicht wohl fühlen und in Scharen nach den großen Städten abwandern? Ein wahres Glück, daß die Verhältnisse selbst, wie dies mehrfach festgestellt worden ist, die Herren Großgrundbesitzer zwingen, bessere Zustände zu schaffen. Wer sich dagegen sträubt, der wird auch vergeblich auf eine Verjüngung der Leute warten.

Der Jahresbericht des Vereins der Deutschen Kaufleute

ist soeben erschienen. Das Jahr 1908 war für die gesamte Handlungsgesellenbewegung, so auch für den Verein von großer Bedeutung. Der wirtschaftliche Niedergang im allgemeinen war rückwirkend in erster Linie auf die Verhältnisse der Handlungsgesellen. Die Stellenlosigkeit war im abgelaufenen Jahre größer denn je; sehr viele Firmen verminderten das Personal, andere stellten Personal mit niedrigeren Gehältern an. Die Wohlfahrts-einrichtungen, die Stellenvermittlung, Rechtschutzabteilung und namentlich die Unterstützungskasse für Stellenlosigkeit waren deshalb im abgelaufenen Jahre der beste Gradmesser für die Veränderung der wirtschaftlichen Verhältnisse der Handlungsgesellen.

Zu allen Fragen, die den Handlungsgesellenstand betreffen, hat der Verein der Deutschen Kaufleute Stellung genommen. Gegen den von dem Verbande der bayerischen Metallindustriellen verhängenen Aussperrensbeschuß hat er sich energisch gewehrt und in einer Anzahl großer Versammlungen die Öffentlichkeit gegen das ungerechtfertigte Vorgehen gegen das Vereinsrecht angeregt. Im Grand Bazar zu Nürnberg wurde durch den Verein die Einleitung eines Personal-ausschusses veranlaßt und die von ihm vorgeschlagenen Bestimmungen für die Lösungen dieses Ausschusses wurden ebenfalls angenommen. Auch sonst haben die Berufsfragen der Handlungsgesellen im Verein der Deutschen Kaufleute eine wirkungsvolle Vertretung gefunden. In zahlreichen Städten haben die Ortsvereine zum Teil mit andern Verbänden zusammen, in der Mehrzahl der Fälle aber allein vorgehend, für die Gewährung von Erholungsurlaub durch die Verlegung von Anschlägen oder durch die Bearbeitung der Presse gewirkt. Die Auenabende von der Sonntagsruhe und dem abendlichen

den Ladenschluß sind an vielen Orten unter Mitwirkung des Vereins der Deutschen Kaufleute verringert worden. Die Ueberwachungs-kommissionen lieferten reichhaltiges Material zur Begründung der Wünsche an die Ge-
gebung. Die Präventionsgrenze des Ge-
halts der Privatangeestellten fand ein-
gehende Besprechung in der „Kaufmännischen Rundschau“. Dem Bureau für Sozialpolitik wurde ein Gutachten über die Nacharbeit der jugendlichen Angestellten in Handelsbetrieben erstattet usw.

Das Vereinsorgan, die „Kaufmännische Rundschau“, ebenso wie die drei Bezirksorgane für Brandenburg, Sachsen und Nürnberg, haben eine regelmäßige Berichterstattung über die einzelnen Berufsfragen gebracht und waren so geeignet, jedem einzelnen Mitglied reiches Material zur Vertretung seiner Interessen zu geben.

Ein berechnetes Zeugnis für den Wert der Organisation auch für Handelsangestellte, liefern die Zahlen der Wohlfahrtsvereinigungen. Die ob-
ligatorische Stellenlosenunter-
stützungskasse wurde von 639 Mitgliedern (gegen 427 im Vorjahre) in Anspruch genommen. Unter ihnen befanden sich 104 Mitglieder, welche die Unterstützung volle 90 Tage erhielten. Im ganzen wurde für diese Unterstützungsart ein Betrag von 35 917,25 Mk. aufgewandt, das sind über 13 600 Mk. mehr als im Vorjahre. Die Folge davon ist, daß das Vermögen nur einen geringen Zuwachs aufweist. Immerhin ist es anerkennens-
wert, daß dieses herbe Kräftejahr ohne Verlust überstanden werden konnte.

Der Sonderberichterstattung gegen Stellenlosigkeit gehörten 1410 Mitglieder an, von denen 175 stellenlos wurden und eine Unterstützung von 14 249 Mk. erhielten. Das Vermögen dieser Kasse ist von 67 164,05 Mk. auf 74 462,72 Mk., also um weit über 7000 Mk. gestiegen. Diese Unterstützungen an Stellenlose wurden noch ergänzt durch zinsfrei gewährte Darlehen aus dem Adolf Sommer-Fonds. 48 Mitglieder konnten rund 3500 Mk. aus seinen Mitteln beziehen.

Die Unterstützungskasse für alte und invalide Mitglieder brachte 1110 Mark zur Auszahlung. Wadem in seiner Erwerbstätigkeit beschränkten Kollegen konnte da-
durch ein Zufluß zum Lebensunterhalt gewährt werden. Das Vermögen dieser Kasse ist um über 21 000 Mk. auf 130 061,92 Mk. gestiegen.

Die Stellenvermittlung hat 20 667,04 Mk. Unkosten verursacht. Die langanhaltende ungünstige Lage im Handel und in der Industrie machte sich auf diesem Gebiete besonders bemerkbar. Vermittelt werden konnten 736 seit und 225 Ausschiffstellungen. Im ganzen sind seit 1900 5761 Stellen vermittelt worden, wobei jedoch die Ausschiffstellungen nicht mit eingerechnet sind. Es wird in dem Bericht bemängelt, daß nicht alle Mitglieder beim Ausbaur der Stellenvermittlung die nötige Unterstützung gewähren. Soffentlich genügt diese Bemerkung, um eine Besserung der Verhältnisse auch auf diesem Gebiete herbeizuführen.

Auch die Rechtsabteilung hat im Berichtsjahre eine rege und erfolgreiche Tätigkeit entfaltet. Außer den statistisch nicht festgehaltenen Bemühungen der Ortsvereinsvorstände und der Geschäftsstellen in Breslau und Nürnberg wurden von der Hauptgeschäftsstelle in Berlin in 182 Fällen Vermittelungsverhandlungen und Verhandlungen mit Prinzipalen ansehnlich, von denen 126 mit Erfolg geführt wurden und den Mitgliedern den Betrag von 9 876 Mk. einbrachten. Schriftliche Rechtsauskünfte wurden 467 erteilt, mündliche rund 650. Außerdem wurden in 145 Fällen Vertretungen vor dem Gewerbe- und Kaufmannsgericht ausgeführt und dabei Gehaltsforderungen und Schadenersatzleistungen von zusammen 12 364 Mark erzielt. Vor den ordentlichen Gerichten wurden 35 Angelegenheiten behandelt. Hier von wurden 12 zugunsten der Kläger entschieden, 2 im Vergleichswege vor Beendigung der Klage erledigt, 8 wurden verloren und 4 Klagen zurückgezogen; 9 Prozesse sind noch auf das Jahr 1909 als unerledigt übernommen worden. An Rechtschutzkosten wurden insgesamt 2015,78 Mk. ausgegeben.

Der Jahresabschluss der Kranken- und Begräbniskasse kann ebenfalls als durch-
aus günstig bezeichnet werden. Trotz einer im 1. Quartal auftretenden Influenzaepidemie wurde der Reservefonds von 60 764,17 Mk. auf 86 618 Mk. erhöht. Das Gesamtvermögen der Kasse ist auf 97 673,60 Mk. gestiegen. Auch die Mitgliederzahl weist einen Zuwachs auf. Dabei wird erwartet, daß, nachdem durch die am 1. April 1908 erfolgte Beitragserhöhung die erforderliche Stabilität der Kasse herbeigeführt ist, eine weitere Vermehrung der Mitglieder stattfindet. Dazu allerdings ist

erforderlich, daß in den Ortsvereinsversammlungen immer und immer wieder auf den Wert der Krankenkasse hingewiesen wird. Mit dem Ver-
bande der Ärzte Deutschlands zur Wahrung ihrer wirtschaftlichen Interessen wurde ein Tarifvertrag abgeschlossen, wodurch den Mitgliedern an allen Orten Deutschlands Ärzte zur Verfügung stehen, welche die Behandlung zu gleichen, feststehenden Sätzen übernehmen.

Schon dieser kurze Ueberblick zeigt, daß auch die Unterstütsungseinrichtungen in jeder Beziehung ihren Zweck erfüllt haben. Gerade in den Zeiten wirtschaftlichen Niederganges zeigt sich auch auf diesem Gebiete der Wert der Berufsorganisation.

Freilich soll die Organisation ihre Tätigkeit nicht in der Schaffung und Ausgestaltung der Wohlfahrtsvereinigungen erschöpfen, die Vertretung der Berufsinteressen muß die Hauptaufgabe bleiben. Beide Arbeitsgebiete aber müssen ineinander greifen und zu einem harmonischen Ganzen sich gestalten. Diese Aufgabe ist vom Verein der Deutschen Kaufleute im vergangenen Jahre auch geleistet worden, die Mitglieder waren ge-
wis, daß ihnen auf beiden Gebieten das Beste geboten wurde.

Was die Mitgliederbewegung anbe-
trifft, so ist bedauerlicherweise ein kleiner Rückgang, nämlich von 19 933 am Ende des Jahres 1907 auf 18 173 am Schlusse des Jahres 1908 zu verzeichnen, die sich auf 216 Ortsvereine und Zahlstellen verteilen. Trotz alledem kann von einem Mißerfolg im Berichtsjahre nicht die Rede sein. Im Gegenteil! Das was der Verein der Deutschen Kaufleute geleistet hat, ist eine Arbeit, die unbedingt Achtung abvdiät. Der geringe Mitglieder-
rückgang wird, wenn die wirtschaftliche Krise über-
wunden ist und die Mitglieder sämtlich ihre Pflicht tun, leicht wieder wettgemacht werden. Wenn jeder seine Sündigkeit tut, wird dies geschehen. Da-
zu können aber nicht allein die Mitglieder des Vereins der Deutschen Kaufleute beitragen, sondern alle dem Verbande der Deutschen Gewerker-
vereine ansehrenden Verbandsstellen sind verpflichtet, dafür zu sorgen, daß ihre Angehörigen und Freunde, soweit sie dem Siedlungsgegenstande ansehören, dem Verein der Deutschen Kaufleute zu-
geführt werden. Das erfordert die Verbandsge-
meinschaft und der von den Gewerkevereinen stets vertretene Grundsatz: „Einer für alle, alle für einen!“

Allgemeine Rundschau.

Freitag, den 2. Juli 1909.

Den Ortsverbänden sowie den Ortsvereinen sind in diesen Tagen seitens des geschäftsführenden Ausschusses wichtige Zuschriften zugegangen. Für die Ortsvereine der größeren Gewerkevereine erfolgt der Versand mit den Fachblättern. Wir bitten dringend, den Inhalt der Zusendung genau zu beachten und baldigt die voranschlagenden Maßnahmen energisch zu treffen. Wo etwa irrtümlich keine Sendung eingeht, bitten wir sie schleunigst vom Bureau des Verbandes, Berlin N.O., Greifswalderstr. 221-23, nachzufordern.

Den Ortsverbänden allein ist am 20. Juni ebenfalls schon eine Zuschrift zugegangen. Die Ausschüsse mögen sich überzeugen, ob sie in den Besitz derselben gelangt sind.

Die gestrige Protestversammlung gegen die volksfeindlichen Steuerpläne des Reichstages im Berliner Verbands-
hause erfreute sich eines zahlreichen Besuchs und nahm einen guten Verlauf. Als erster Redner behandelte der Verbandsvorsitzende Kollege Goldschmidt die Erbschaftsteuer, sowie die auf Bier, Tabak, Branntwein geplanten Steuerarten. Redner lieferte den Nachweis, daß die von der Mehrheit des Reichstages beliebte Finanzreform lediglich eine starke Belastung der breiten Masse des Volkes bedeutet, während man den Besitz fast völlig frei lassen will. Gegen diese Politik mühten die Arbeiter energisch Protest erheben und der Regierung zu erkennen geben, welche tiefe Empörung in ihr Platz gegriffen hat. Nachdem die Erbschaftsteuer selbst in der bescheidenen Form der Regierung abgelehnt ist, darf kein Abgeordneter, der Anspruch darauf erhebt, eine volksfreundliche Gesinnung zu hegen, einen Wagnis für indirekte Steuern bewilligen.

Der Generalsekretär Kollege Schmidt vom Verein der Deutschen Kaufleute kennzeichnete in der Einleitung seines Referats das Wirken der Rumpfkommision und wies nach, wie sehr durch die Parfümersteuere, die Mülisenumsatzsteuer, die Glühkörpersteuer, die Schenksteuer, die Kotierungssteuer nicht allein die Arbeiter und Angestellten,

sondern auch der Mittelstand getroffen wird. Man solle nicht vergessen, daß Deutsch und heute in erster Linie ein Industriestaat ist, der sich auf dem Welt-
markte eine achtunggebietende Stellung errungen hat. Das Verdanke man nicht dem Bunde der Landwirte, sondern in erster Linie mit der In-
telligenz der deutschen Arbeiter, die man durch die neuen Steuern in ihrer Lebenshaltung beeinträch-
tigen will. Gegen diese Politik müsse energischer Widerstand geleistet werden. Die Gewerkevereins-
mitglieder sollten in den politischen Parteien, denen sie angehören, dafür sorgen, daß die Vertreter im Parlament alles aufbieten, solche volksfeindlichen Pläne zu verhindern. Komme es zur Reichstagsauflösung, dann mühten die Gewerke-
vereiner überall ihren Mann stehen. Für die volksfreundlichen Parteien aber könne es nur eine Parole geben: Keine Finanzreform ohne ausrei-
chende Besteuerung der Erbschaften und des Ver-
mögens, ohne gerechte Wahlkreisenteilung!

Nach einer längeren Diskussion fand dann folgende Resolution einstimmige Annahme:

„Die vom Zentralrat der Deutschen Gewerkevereine nach dem Verbandsheute einberufene Versammlung gibt ihrer lebhaften Entrüstung Ausdruck über die volks-
feindlichen Beschlüsse der Mehrheit des Reichstages. In der Ablehnung der ohnehin noch sehr be-
stehenden Erbschaftsteuer erblickt sie eine durch nichts gerechtfertigte Rücksichtnahme auf die besitzenden Klassen. Nachdem auf diese Weise eine Heranzuehung des ererbten Vermögens zur Reichsfinanzreform abgelehnt worden ist, hält es die Versammlung für die Pflicht aller volksfreundlich gesinnten Abgeordneten, nimmehr jedweder indirekten Steuerart ihre Zustimmung zu versagen.“

Der Reichstag beschäftigte sich am Mittwoch mit einer sozialdemokratischen Interpellation, in der die Regierung gefragt wurde, ob sie beabsich-
tigt, angesichts der Teuerung der Lebensmittel eine zeitweilige Aufhebung der Ge-
treidezölle und die Vereinfachung der Einfuhrzölle herbeizuführen. Die Inter-
pellation wurde von dem Abg. Wolfenbühler in längerer Rede begründet, in der er mit Recht die Schuld an den hohen Getreidepreisen unserer ver-
fehrten Wirtschaftspolitik suchte. Da der Reichs-
kanzler nicht anwesend war, beantwortete der Staatssekretär v. Bethmann-Hollweg die Frage, der allerdings die großen Schädigungen, die in den Zeiten der jetzigen Krise den breiten Massen des Volkes durch die hohen Lebensmittelpreise zugefügt werden, nicht leugnen konnte, aber jedes Abweichen von der geltenden Zollgesetzgebung ent-
schieden ablehnte. In der lebhaften Beipredung unterstützten nur die freisinnigen Abg. Kämpf und Fegter, der selbst ein praktischer Landwirt ist, die in der Interpellation enthaltenen Forderungen. Die Redner aller übrigen Parteien bekannten sich als unerschütterliche Freunde der volksausbeuten-
den Unpolitik der Reichsregierung. Das Ergeb-
nis der Beratungen war, daß die Debatte vertagt wurde. In diesem Falle ist es ausgeschlossen, daß eine Fortsetzung stattfindet. Die ganze Be-
spredung also geht aus wie das Hornberger Schie-
ßen. Das muß böses Blut machen. In einer Zeit, da die Junter und ihre treue Gefolgschaft sich weigern, zur Sanierung der Reichsfinanzverhältnisse auch nur die geringsten Opfer zu bringen, wäh-
rend der Konsum der breiten Massen des Volkes durch immer neue Steuern belastet wird, findet der Wunsch auf eine zeitweise Vereinfachung der Zuckerzölle gar kein Gehör. Sind denn unsere Staatsmänner völlig mit Blindheit geschlagen?

Die kommunale Arbeitslosenversicherung in Bayern sieht ein Entwurf vor, den das Ministe-
rium des Innern den Magistraten der größeren Städte Bayerns hat zugehen lassen. Nach dem Entwurf ist an erster Stelle eine allgemeine Ver-
sicherungskasse vorgesehen, die für alle nicht organisierten Arbeitnehmer und die Angehörigen jener Organisation bestimmt sein soll, welche die Arbeitslosenversicherung nicht betreiben. Für die Angehörigen jener Organisationen, die die Arbeitslosen-
versicherung einzerrichtet haben, soll ausschließlich die Versicherungseinrichtung ihrer Organisationen Platz greifen und die Versicherungskasse erleben. Die allgemeine Versicherungskasse wie die Ver-
sicherungseinrichtungen der Organisationen sollen voneinander vollständig unabhängig sein und jede für sich ihr Risiko tragen, also durch genügend hohe Beiträge ihre eigenen Ausgaben decken. Zur För-
derung der öffentlichen und privaten Versiche-
rungseinrichtungen wäre nach dem Entwurf eine besondere Zuschusskasse zu errichten, die aus Mit-
teln der Gemeinden und sonstigen Anwendungen ge-
speist werden und dazu dienen soll, die Leistungen der allgemeinen Versicherungskasse und der Versicherungseinrichtungen der einzelnen Organi-

fationen gleichmäßig durch Zuschüsse zu den einzelnen Unterstützenden auf einen angemessenen Betrag zu ergänzen.

Die Zuschüsse ist als eine Wohlfahrtsrichtung ohne Versicherungskarakter gedacht. Es sollen nur solche Personen zur Teilnahme an der Zuschüsse zugelassen werden, die der Gemeinde durch Heimatszugehörigkeit oder längerem Wohnsitz oder längere Beschäftigung rechtlich oder wirtschaftlich nahe stehen. Wie der Gesamtbetrag der Unterstützung zu begrenzen ist, soll sich nach den örtlichen Verhältnissen, insbesondere nach den Preisen der notwendigen Bedarfsgegenstände richten. Bei der Gewährung von Zuschüssen an die Mitglieder der Arbeitnehmerorganisationen hält die Regierung es für nötig, daß jede unmittelbare oder mittelbare Unterstützung der Organisation in der Person der Organisation Zweck vermieden wird. Zum Schluß macht die Regierung auch auf die Notwendigkeit der Bereitstellung der erforderlichen Arbeitsgelegenheit und auf den Ausbau des kommunalen Arbeitsnachweises im Sinne einer möglichst umfassenden Zentralisierung aufmerksam.

Arbeiterbewegung. Noch immer dauert die Bewegung der Gemeindeglieder in Kiel an. Der Magistrat hat durch öffentlichen Anschlag bekannt machen lassen, daß die nur vorläufig oder noch nicht besetzten Stellen jetzt endgültig besetzt werden sollen. Bevor aber Arbeiter herangezogen werden, die noch nicht im städtischen Dienste gestanden haben, soll den städtischen Arbeitern bis zum 3. Juli Gelegenheit gegeben werden, in diesen Betrieben Beschäftigung zu suchen. — In Danzig haben die Kleinrentner, Installateure und Heizungsmechaniker beschlossen in den Streik zu treten, weil die Unternehmer sich weigern, mit ihnen über den Abschluß eines Tarifvertrages in Verhandlungen einzutreten.

Die Situation im britischen Kohlenbergbau ist überaus kritisch. In Südwales scheint der Kampf kaum noch vernieden werden zu können, da auf der einen Seite die Grubenbesitzer an der Verlängerung der Arbeitszeit und der Einführung des Doppelschichtsystems festhalten, während die Arbeiter darauf sich nicht einlassen wollen. Infolgedessen soll eine allgemeine Abstimmung stattfinden, ob in den Streik eingetreten werden soll oder nicht. Die Stimmzettel zu dieser Abstimmung sollen bereits verteilt worden sein. — Eine allgemeine Ausprägung in den schwedischen Papierfabriken soll am 5. Juli vorgenommen werden, weil bei einer Firma seit Anfang Juni gestreikt wird. — Die Arbeiter der amerikanischen Platten- und Weichblechmanufaktur, der verschiedene Fabriken in den Vereinigten Staaten angehören, wollen am 1. Juli in den Streik treten, weil die Gesellschaft auch unorganisierte Arbeiter zulassen will. Es handelt sich um etwa 10 000 gelernte Arbeiter.

Ein Mitgliederrückgang, und zwar einen recht erheblichen, müssen nun auch die christlichen Gewerkschaften für das Jahr 1908 abgeben, die sich am lautesten über die Mitgliederverluste anderer Organisationen mokiert haben. In ihrem Zentralblatt wird nämlich mitgeteilt, nachdem ein Vorgesandenes und Breites um die unangenehme Tatsache herumgeredet worden ist, daß der Jahresdurchschnitt der Mitgliederzahl von 1907 auf 1908 um 9804 gesunken ist. Dann aber kommt der Verdesfuß gleich hinterher, indem man erklären muß, daß am Ende des Jahres 1908 die Mitgliederzahl um 28 882 geringer war als Ende 1907. Die letzte genannte Zahl also gibt den wirklichen Mitgliederverlust der Christlichen an. Bezeichnend ist nun, daß die christlichen Gewerkschaften in früheren Jahren bei der Veröffentlichung ihrer Mitgliederzahlen auch immer gleich den Mitgliederbestand am Schluß des 1. Quartals des neu angefangenen Jahres veröffentlicht haben. Diesmal ist man von der alten Gewohnheit abgewichen und hat diese Mitgliederzahl nicht bekannt gegeben. Warum wohl? Weil auch im 1. Quartal des Jahres 1908 der Mitglieder Rückgang nicht abgenommen hat.

Wir beschränken uns auf die Feststellung dieser Tatsache und bemerken nur dazu, daß die Christlichen danach wahrlich nicht den geringsten Anlaß hatten, den Mund über die Mitgliederverluste der Deutschen Gewerkschaften soweit aufzuheben, wie sie dies bisher getan haben. Sie haben gerade genug damit zu tun, wenn sie der Mitgliederlust bei sich selbst ein Ende machen wollen.

Bei dieser Gelegenheit sei gleichzeitiger erwähnt, daß nach dem Korrespondenzblatt der Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands bei den „freien“ Gewerkschaften die Abnahme der Mit-

gliederzahl i. J. 1908 nicht 75 183, sondern „nur“ 72 284 betragen soll.

Necht rückständige Ankaufungen traten in der letzten Stadtverordnetenversammlung in Sittau zu tage, in der auch ein Antrag der Wagenführer der Straßenbahnen auf Gewährung eines Erholungsurlaubes verhandelt wurde. Die Straßenbahner haben nämlich das ungeheuerliche „Verbrechen“ begangen, ihr Gehalt durch den Vorfallenden unseres dortigen Ortsvereins der Maschinen- und Metallarbeiter, Kollegen Gennig, unterzeichnen zu lassen, weil ein Teil von ihnen diesem Ortsverein angehört. Diese Tatsache hat nun bei dem Direktor des Elektrizitätswerkes Anstoß erregt. Die Wagenführer hätten mit einer gemeinsamen, von ihnen selbst unterschriebenen Eingabe vorgehen und sich nicht einer Mittelperson bedienen sollen, die zu dem Werke bzw. der städtischen Verwaltung in gar keiner Beziehung stehe. Der Berichterstatter in der Stadtverordnetenversammlung stellte sich auf denselben Standpunkt und erteilte den Wagenführern eine starke Rüge für den Ausdruck des Mißtrauens gegen die städtischen Kollegen. Das Resultat der Beratungen war, daß den Wagenführern noch 3 jähriger Dienstzeit jährlich 3 Jahre, nach 5 jähriger Dienstzeit jährlich 5 Tage Urlaub gewährt werden soll.

Dieser Vorgang gibt der „Zittauer Morgenzeitung“ Anlaß zu einigen Betrachtungen, die durchaus den Kern der Sache treffen. Mit Recht weist sie daraufhin, daß häufig Personen, die den Rechtsansprüchen der Arbeiter ganz wohlwollend gegenüberstehen, sich den Konsequenzen verschließen, welche sich aus dem Koalitionsrecht ergeben. „Es befremdet sie, daß sich Arbeiter ihrer Organisationsleiter als Vertrauensmänner und Anwälte bedienen und nicht einzeln mit ihren Anliegen an die Arbeitgeber herantreten, an „die Herren im Hause“. Sie können sich noch immer nicht in die Haut des Arbeiters verleben. Sonst nehmen sie es keinem übel, der sich durch einen Anwalt vertreten läßt, aber dem Arbeiter wollen sie die geschäftsfundige Vertretung nicht zugestehen, obwohl dieser sie doch am nötigsten braucht.“ Den Sozialdemokraten gegenüber beuge man sich, kommt aber der Vertreter einer anderen Organisation, da rede man von inforektem Vorgehen. Die Wagenführer hätten durchaus richtig gehandelt, da die Erwägungen des Rates auf ein vor zwei Jahren Jahren eingereichtes Gehalt der Straßenbahner kein Resultat gezeitigt hätten.

„Von einer bloßen Wiederholung ihrer Vorbringen“, so führt dann die „Zitt. Morgenztg.“ weiter aus, „konnten sie sich keinen Erfolg versprechen. Die von Herrn Gennig unterzeichnete Eingabe verweist den Rat auf eine amtliche Statistik aus 176 deutschen Städten, herausgegeben vom Kaiserlichen Statistischen Amt. Die Wagenführer konnten mit solchen Hinweisen nicht dienen, von ihnen wird keiner die Zeit haben, sich in die von dem genannten Reichsamt herausgegebenen „Beiträge zur Arbeiter-Statistik“ zu vertiefen. Allein seitens der Organisation war diese Eingabe zu beschaffen. Will man den Wagenführern aber das Recht nicht bestreiten, die Hilfe ihrer Organisation in Anspruch zu nehmen, um das Bescheidenste aller Dinge, ein Bittgeheiß, herzustellen, so ist es ja ein ganz über formalistisches, sich darüber aufzuhalten, daß sie auch gleich ihren Vertrauensmann mit der Einrichtung des Gehaltes beauftragten. Nur darauf kommt es an, daß sie sämtlich damit einverstanden waren, und das waren sie sicherlich, denn einige Tage Urlaub im Jahr will jeder von ihnen haben. Der Rat aber war auch jetzt, zwei Jahre nach dem ersten Gehalt, noch nicht in der Lage, eine Urlaubsordnung vorzulegen, er griff auf einen Vorschlag des früheren Direktors des Elektrizitätswerkes zurück, um wenigstens etwas bieten zu können. Unter solchen Umständen darf man sich jedenfalls nicht auf das hohe Pferd setzen und davon reden, daß ein Mißtrauen gegen das Wohlwollen der städtischen Kollegen in dem Vorgehen der Wagenführer liege.“

Wir haben die Angelegenheit so ausführlich behandelt, weil ähnliche Vorgänge sich auch an anderen Orten abspielen. Gegen solche „Krähwinkeln“ bieten obige Ausführungen ein gutes Material.

Saure Trauben. Unsere Auseinandersetzungen mit dem Gutenberg-Bunde haben jetzt auch das Zentralblatt der christlichen Gewerkschaften auf den Plan gerufen. Namentlich die Bemerkung, daß die Deutschen Gewerkschaften mit dem Gutenberg-Bunde wegen seiner „eigentlichen Färbung“ nichts zu tun haben wollten, scheint ihm arge Befleckungen verursacht zu haben. Um die Aufmerksamkeit von sich abzuwenden, wird in dem christlichen Zentralblatt nun der Stroh umgedreht und den Deutschen Gewerkschaften der Vorwurf gemacht, daß sie zur Stärkung der Selben beitragen. Es hieße dem Verfasser jener Notiz tatsächlich zu viel Ehre antun, wollte man ihn darauf einer Antwort würdigen. Wir verzichten auch gern darauf, eine Gegenrechnung aufzumachen, was uns wahrlich nicht schwer fiel.

Aber auf zwei der Vorwürfe, die da gegen uns erhoben werden, müssen wir schon etwas näher eingehen. Da ist zuerst von dem Lippeischen Zieglerverband die Rede. Die Verbindung zwischen ihm und dem Gesamtverband der christlichen Gewerkschaften sei schon vor Jahren gelöst worden, weil die in ihm dominierenden Meister ihn zu einer gelben Organisation stempelten. Jetzt aber veruchten die Kirch-Dunderischen inbrünstig ihn an ihr liebbedürftendes Herz zu drücken. Wir wollen nicht unteruchen, wo die Inbrunst größer ist, ob bei uns oder bei den Christlichen. Der Lippeische Zieglerverband ist nämlich freiwillig aus dem christlichen Gesamtverbande ausgeschieden, und daß diese den abtrünnigen Sohn gar zu gern wieder bei sich hätten, werden sie ernstlich wohl selbst nicht bestreiten wollen. Wenn sie aber weiter den Lippeischen Zieglerverband als eine gelbe Organisation bezeichnen, so geschieht dies zu Unrecht. Die eigenartigen Verhältnisse in dem Berufe bringen es mit sich, daß die Meister mit den Arbeitern gemeinschaftlich an der Verbesserung der Verhältnisse arbeiten müssen. Schließlich aber stellt es den christlichen Gewerkschaften gerade kein gutes Zeugnis aus, daß sie es trotz der engen Zusammengehörigkeit nicht haben verhten können, daß der Zieglerverband angeblich „gelb“ wurde.

Weiter wird dann von dem „gelben Charakter des Brauergesellenbundes“ gesprochen. Auch „diese gelbe Pflanze“ werde heiß von Kirch-Dunderischer Seite unvorwunden. Nun, das christliche Zentralblatt mag versichert sein, daß die untern Verbände angehörenden Brauergesellen nicht „gelb“ werden. Wenn aber diese Gefahr nicht abzuwenden wäre, weshalb bemühen sich denn die Christlichen so eifrig, die dem Brauergesellenbunde angehörenden Vereine für sich zu gewinnen? Hat man nicht sogar von christlicher Seite verucht, auf einer Generalversammlung des Brauerbundes diesen in seiner Gesamtheit zu sich herüberzuziehen? Will man das etwa bestreiten? Freilich, die Erfolge entsprechen den aufgewandten Mühen nicht; die größeren Vereine wollen von den Christlichen nichts wissen, sie ziehen den Verband der Deutschen Gewerkschaften vor.

Kurzum: Der Gesamtverband der christlichen Gewerkschaften wäre heifros, wenn er sowohl die Lippeischen Ziegler als auch die Brauergesellenvereine für sich gewinnen könnte. Weil ihm das nicht gelingt, wird auf sie geschimpft. Das erinnert an die Geschichte von dem Fische, dem die Trauben zu sauer waren, als er sie nicht erreichen konnte.

Das Reichsversicherungsamt wird, wie alljährlich, während der Gerichtsferien, die vom 15. Juli bis 15. September dauern, seine Spruchstätigkeit einschränken. Zur Erledigung gelangen in dieser Zeit nur besonders eilige Unfall- und Invalidenversicherungsachen. Zu diesem Zwecke finden wöchentlich mehrere Sitzungen statt. Auf die Fristen zur Einlegung des Rekurses oder der Revision hat dies jedoch nicht den geringsten Einfluß. Auch während der Ferienzeit müssen diese Rechtsmittel binnen 1 Monat, vom Tage der Zustellung des Schiedsgerichtsurteils an gerechnet, beim Reichsversicherungsamt eingelegt sein.

Gewerkevereins-Teil.

Hamburg. Die Verhältnisse an unserm Orte drängen mich dazu, an unsere Hamburger Kollegen ein paar ernste Worte über die Agitation zu richten. Gerade wo die Schwierigkeiten für die Organisation am größten sind, da müßte die Agitation am allerenergischsten betrieben werden. Das trifft aber für Hamburg nicht zu. Einen großen Teil der Kollegen hat eine Gleichgültigkeit erfaßt, wie man sie sich nicht schlimmer denken kann. Auch die Distriktsführer und Vertrauensleute sind zum Teil davon ergriffen, so daß ihnen nicht der Vorwurf erspart werden kann, daß sie nicht immer ihre Schuldigkeit so tun, wie es der Ernst der Sache erfordert. Wenn sich diese Kollegen vom Strom treiben lassen, anstatt selbst das Steuer in die Hand zu nehmen und das Ziel zu bestimmen, dann braucht man sich auch nicht zu wundern, daß die übrigen Mitglieder lässig werden. Infolgedessen ist natürlich auch der Versuch einer allgemeinen Bewegung überaus schwach, so daß an eine gründliche Erziehung und Aufklärung der Mitglieder nicht gedacht werden kann. Gerade auf diesem Gebiete müßten die Distriktsführer mehr leisten als bisher. Einen Versuch, Abhilfe zu schaffen, hat der Distrikt Einheitsrat der Maschinenbauer unternommen. In diesem Versammlungstage gehen da bestimmte Kollegen eine Stunde vor Versammlungsangang die ihnen zugewiesenen Straßen durch und holen die Kollegen persönlich ab. Wenn das einige Monate durchgeführt wird, so müßte es wunderbar ausgehen, wenn nicht schließlich ein guter Versammlungsbesuch erzielt wird, und wenn die Kollegen sich einmal daran gewöhnt haben zu den Versammlungen zu gehen, so werden sie

